



UMAYLAM 中間道路
ལཱུའུ་ལཱུའུ་ Middle Way
Approach
Peaceful conflict resolution for the 21st century

Die Politik des Mittleren Weges

Echte Autonomie für das tibetische Volk

.....
Information
Zeitlinie
Häufig gestellte Fragen
.....

Tibetischen Zentralverwaltung

2014

Peaceful conflict resolution for the 21st century



Informationsblatt

Die Politik des Mittleren Weges

Echte Autonomie für das tibetische Volk

„Um die Tibetfrage zu lösen, muss jede einzelne Autonomiebestimmung, so wie sie in der Verfassung der VR China und im Gesetz über nationale regionale Autonomie festgelegt ist, durch die chinesische Regierung gewissenhaft umgesetzt werden, und das gesamte tibetische Volk muss unter eine einzige autonome Verwaltung gebracht werden. Darüber hinaus soll Gewaltlosigkeit das einzige Mittel sein, um dieses Ziel zu erreichen. Dies sind die unveräußerlichen Prinzipien des Mittleren Weges.“

Die Politik des Mittleren Weges – ihr Wesen und ihre Geschichte

Die Politik des Mittleren Weges für echte Autonomie für das tibetische Volk (tib. „Umaylam“) ist eine Politik, die Seine Heiligkeit der Dalai Lama 1974 konzipierte, um die chinesische Regierung zum Dialog zu bewegen und einen friedlichen Weg zum Schutz der einzigartigen tibetischen Kultur und Identität zu finden. Es ist eine Politik, die durch eine Reihe von Diskussionen, die über viele Jahrzehnte hinweg von der Tibetischen Zentralverwaltung (CTA, engl. *Central Tibetan Administration*) und dem tibetischen Volk geführt wurden, demokratisch angenommen worden ist. Es ist ein für beide Seiten vorteilhafter Vorschlag, der einen mittleren Weg zwischen dem Status quo und der Unabhängigkeit einschlägt, einen Weg, der

die gegenwärtige repressive und kolonialistische Politik der chinesischen Regierung dem tibetischen Volk gegenüber kategorisch ablehnt, ohne jedoch die Loslösung von der Volksrepublik China anzustreben.

Bis auf den heutigen Tag hält Seine Heiligkeit der Dalai Lama beharrlich an diesem Ansatz als realistische und pragmatische Lösung der ernststen und inzwischen drängenden Probleme, die sich in Tibet stellen, fest. Der erste Erfolg dieses politischen Ansatzes war die Aufnahme direkter Kontakte zwischen Dharamsala und Peking, als Deng Xiaoping 1979 sagte: „Mit Ausnahme der Unabhängigkeit können alle Fragen durch einen

Dialog gelöst werden.“ Zwischen 1979 und 1985 bereisten vier Erkundungsmissionen Tibet. Zwei Erkundungsdelegationen aus Dharamsala trafen 1982 und 1985 in Beijing mit der obersten chinesischen Führung zusammen, und bis August 1993 gab es offizielle Kontakte zwischen Dharamsala und Beijing.

Derweil hat Seine Heiligkeit der Dalai Lama seit 1987 die Politik des Mittleren Weges auf einer Reihe von Foren in aller Welt vorgestellt – darunter im US-amerikanischen Kongress und im Europäischen Parlament – in der Hoffnung, die chinesische Führung wieder zu Gesprächen zu bewegen. Der Dialog wurde 2002 wieder aufgenommen und führte zu insgesamt neun Gesprächsrunden. Während der 7. Gesprächsrunde im Jahr 2008 –dem Jahr, als überall in Tibet Proteste in einem zuvor nie dagewesenen Rahmen und Ausmaß ausbrachen – bat die chinesische Regierung die tibetische Führung, in schriftlicher Form darzulegen, welcher Art die von ihr angestrebte Autonomie sein sollte. Das *Memorandum über echte Autonomie für das tibetische Volk* wurde während der 8. Gesprächsrunde 2008 vorgelegt.

Die chinesische Regierung äußerte eine Reihe von Bedenken und Einwänden gegen das *Memorandum*. Um darauf einzugehen, legte die tibetische Führung bei der 9. und letzten Gesprächsrunde im Januar 2010 die *Note zum Memorandum über echte Autonomie für das tibetische Volk* vor. Das *Memorandum* und die *Note* legen im Einzelnen dar, wie echte Autonomie für das tibetische Volk im Rahmen der Volksrepublik China – ihrer Verfassung, ihrer Souveränität und territorialen Integrität, ihrer „drei nicht

verhandelbaren Punkte“¹ sowie der Hierarchie und Autorität der chinesischen Zentralregierung – funktionieren würde. Die *Note* geht ferner auf die von der chinesischen Zentralregierung erhobenen spezifischen Bedenken bezüglich der Form der einheitlichen Verwaltung, des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Systems, der öffentlichen Sicherheit, der Regulierung der Bevölkerungsmigration, der Sprache und der Religion ein. Die *Note* enthält auch eine Zusage, dass Seine Heiligkeit der Dalai Lama bereit ist, eine förmliche Erklärung abzugeben, um die „Zweifel und Bedenken hinsichtlich seiner Haltung und Intention zu Themen“, die in der *Note* angesprochen wurden, zu zerstreuen.

Seit 2010 hat es keinen Dialog mehr mit den Chinesen gegeben. Ungeachtet dessen hält die tibetische Führung unbeirrt an der *Politik des Mittleren Weges für echte Autonomie für das tibetische Volk* fest und bemüht sich weiterhin, durch den Dialog zwischen den Abgesandten Seiner Heiligkeit des Dalai Lama und den Vertretern der chinesischen Führung eine nachhaltige Lösung zu finden.

Für weitere Informationen zur Geschichte der Politik des Mittleren Weges siehe die separate Zeitleiste.

<?> Die von der Zentralregierung verbindlich festgelegten „drei nicht verhandelbaren Punkte“ sind: 1. die führende Rolle der chinesischen Kommunistischen Partei, 2. Sozialismus mit chinesischen Charakteristika und 3. das System der regionalen nationalen Autonomie.

Was wollen die Tibeter durch die Politik des Mittleren Weges erreichen?

Die Tibeter streben eine Form der Selbstverwaltung an, die es ihnen ermöglichen würde, ihren Grundinteressen gerecht zu werden, ohne dabei die Einheit und Stabilität der Volksrepublik China in Frage zu stellen. Sie wollen eine Form der Autonomie, in der die Tibeter Brauchtum und Wertesystem, Sprache, Lebensweise und Geographie teilen. Sie zu einer einzigen administrativen Einheit zu vereinigen, wäre eine effizientere und effektivere Form des Regierens als die bestehende Struktur, bei der die Tibeter aufgeteilt sind auf die Autonome Region Tibet (ART) und die angrenzenden Provinzen Qinghai, Sichuan, Gansu und Yunnan, in denen Chinesen die Bevölkerungsmehrheit stellen.

Die chinesische Regierung hat behauptet, die tibetische Führung beabsichtige, „alle Chinesen“ aus den tibetischen Gebieten zu vertreiben. Tatsächlich stellt das *Memorandum* eindeutig klar, dass dies nicht der Fall ist: „Es ist nicht unsere Absicht, die Nicht-Tibeter [...] auszuweisen. Sorge macht uns vielmehr der absichtlich initiierte massive Bevölkerungstransfer von vorwiegend Han-Chinesen, aber auch einigen anderen Nationalitäten, in die tibetischen Siedlungsgebiete, wodurch die einheimische tibetische Bevölkerung marginalisiert wird.“ Das

Memorandum spricht sich dafür aus, dass die tibetischen Gebiete, um die einzigartige tibetische Identität zu bewahren und zu fördern, eine tibetische Bevölkerungsmehrheit haben sollten. Die tibetische Bevölkerung in der Volksrepublik China wird auf 6,2 Millionen geschätzt (Quelle: 6. Nationale Volkszählung der VRCh), was etwa 0,47 Prozent der Gesamtbevölkerung Chinas entspricht.

Eine tibetische Regionalverwaltung wäre zuständig für den Schutz und die Förderung der elf Grundbedürfnisse der Tibeter, wozu gehören:

Sprache, Kultur, Religion, Bildung, Umweltschutz, Nutzung der Bodenschätze, wirtschaftliche Entwicklung und Handel, öffentliche Gesundheit, öffentliche Sicherheit, Regulierung der Bevölkerungsmigration, sowie Austausch mit anderen Ländern auf den Gebieten Kultur, Bildung und Religion.

Dies steht sowohl mit dem Gesetz über regionale nationale Autonomie im Einklang als auch mit der Verfassung der Volksrepublik China.

Stellung Seiner Heiligkeit des Dalai Lama

2011 übertrug Seine Heiligkeit der Dalai Lama seine politische Verantwortung auf die gewählte tibetische Führung: die Tibetische Zentralverwaltung unter der Leitung des

„Sikyongs“, des demokratisch gewählten tibetischen politischen Oberhauptes.

Wie im *Memorandum* dargelegt, hat Seine Heiligkeit der Dalai Lama bei zahlreichen

Gelegenheiten deutlich gemacht, dass er in Tibet keinerlei politisches Amt bekleiden wird. Als Symbol der tibetischen Einheit und Identität ist er ein Leuchtfeuer der Hoffnung für das tibetische Volk. Die Tibeter setzen ihre Hoffnung auf seine spirituelle Führung als Person, der sie am ehesten zutrauen, dass sie eine friedliche Lösung der

Situation in Tibet herbeiführen kann. Als Tibeter steht er nach wie vor tief in der Pflicht, jegliche Unterstützung zu gewähren, die erforderlich ist, um einen Ausweg aus der gegenwärtigen festgefahrenen Situation zu finden, und er bleibt ein standhafter und unbeirrter Verfechter der Politik des Mittleren Weges.

Breite Unterstützung für die Politik des Mittleren Weges

Die tibetische Führung glaubt, dass die Politik des Mittleren Weges die gangbarste Lösung für die gegenwärtige drängende Situation in Tibet ist. Sie ist auch das Konzept, das auf die stärkste internationale Unterstützung gestoßen ist. Viele Regierungen haben offiziell ihre Unterstützung für den Dialog zwischen den Abgesandten Seiner Heiligkeit des Dalai Lama und den Vertretern der chinesischen Führung erklärt, darunter die USA, die EU, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Australien und Neuseeland. Allein in den vergangenen zwei Jahren wurden Resolutionen, Anträge und Erklärungen zur Unterstützung des Dialogs unter anderem in den Parlamenten der USA, der EU, Frankreichs, Italiens, Japans, Australiens, Brasiliens und Luxemburgs verabschiedet.

Die Politik des Mittleren Weges erfährt von Jahr zu Jahr mehr Unterstützung von chinesischer Seite. Einige der am höchsten geachteten chinesischen Intellektuellen und Künstler heißen sie gut. Zu ihnen gehört Liu Xiaobo, der inhaftierte Nobelpreisträger und Koautor eines Offenen Briefes von 2008, der sich für die Unterstützung der Friedensinitiativen Seiner Heiligkeit des Dalai

Lama aussprach. Seither sind von chinesischen Wissenschaftlern und Schriftstellern über 1000 Artikel und Kommentare verfasst worden, die sich für einen Dialog zur Lösung der Tibetfrage aussprechen. Dazu gehört auch ein Bericht der Gongmeng-Verfassungsinitiative, einer in Peking ansässigen legalen NGO, der die Beschwerden des tibetischen Volkes beschreibt und zu einer Revision der Politik aufruft. 2012 sandten 82 chinesische NGOs aus 15 Ländern eine Petition an die Vereinten Nationen, an die EU sowie an verschiedene Parlamente und Regierungen, in der sie diese aufforderten, „auf die chinesische Regierung zu dringen, so bald wie möglich Verhandlungen aufzunehmen“.

Weitere chinesische Intellektuelle, welche die Politik des Mittleren Weges unterstützen, sind Wang Lixiong, ein bekannter Schriftsteller, Zhang Boshu, Mitglied der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften und Verfassungsexperte, Ran Yunfei vom *Sichuan Literary Periodical*, einem Literaturmagazin aus Sichuan, Yu Haocheng, ein hochrangiges Mitglied der Kommunistischen Partei und Rechtsexperte aus Peking, Su Shaozhi, ein ehemaliger Wirtschaftswissenschaftler an

der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften, und Yan Jiaqi, ein enger Mitarbeiter des ehemaligen KPCh-Parteisekretärs Zhao Ziyang.

Zu den führenden Weltpolitikern, die zum Dialog aufrufen, um die Politik des Mittleren Weges zu verwirklichen, gehören US-Präsident Barack Obama, der ehemalige US-Präsident George Bush, die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte Navi Pillay, die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin der Europäischen Kommission Lady Catherine Ashton, der ehemalige britische Premierminister Gordon Brown, der ehemalige französische Präsident Nicolas Sarkozy, die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel, der kanadische Premierminister Stephen Harper, der australische Premierminister Tony Abbot, der ehemalige australische Premierminister Kevin Rudd und der taiwanesischer Präsident Ma Ying-jeou.

Nach Präsident Obamas Treffen mit Seiner Heiligkeit dem Dalai Lama am 16. Juni 2011 und erneut am 21. Februar 2014 lobte das Weiße Haus den „Einsatz des Dalai Lama für Gewaltlosigkeit und Dialog mit China und sein Beharren auf der Politik des Mittleren Weges“ und unterstützte „einen direkten Dialog, um lange schon währende Differenzen beizulegen“, denn „ein Dialog, der zu Ergebnissen führt, wäre für China und Tibet vorteilhaft“.

Die Politik des Mittleren Weges wird auch von einer Reihe von Friedensnobelpreisträgern unterstützt, dazu gehören Desmond Tutu aus Südafrika, Elie Wiesel aus den USA, Jody Williams aus den USA, Leymah Gbowee aus

Liberia, Lech Wałęsa aus Polen, Shirin Ebadi aus Iran, Rigoberta Menchú Tum aus Guatemala, José Ramos Horta aus Ost-Timor, Adolfo Pérez Esquivel aus Argentinien, Mairead Corrigan Maguire aus Irland und Betty Williams aus Großbritannien.

In einem offenen Brief an Präsident Hu Jintao aus dem Jahr 2012 schrieben zwölf Friedensnobelpreisträger: „Das Volk von Tibet möchte Gehör finden. Es hat lange nach einer substantiellen Autonomie gestrebt und als Mittel, diese zu erreichen, auf Verhandlungen und freundliche Hilfe gesetzt. Die chinesische Regierung sollte die Stimmen der Tibeter anhören, ihre Klagen verstehen und eine gewaltfreie Lösung finden. Eine solche Lösung wird von unserem Freund und Bruder, Seiner Heiligkeit dem Dalai Lama, angeboten, dem es zu keiner Zeit um Loslösung ging und der immer einen friedlichen Weg gewählt hat. Wir fordern die chinesische Regierung nachdrücklich auf, die Gelegenheit, die er für einen gehaltvollen Dialog bietet, zu ergreifen. Einmal errichtet, sollte dieser Dialog offen, aktiv und produktiv bleiben. Er sollte die Fragen ansprechen, die den Kern der gegenwärtigen Spannungen ausmachen und dabei die Würde des tibetischen Volkes und die Integrität Chinas respektieren.“

Zu den führenden Persönlichkeiten in Tibet, welche die Politik des Mittleren Weges unterstützt haben, gehört der verstorbene Panchen Lama, der sich offen für diese Weg ausgesprochen hat. Der verstorbene Ngapo Ngawang Jigme, ein ehemaliger Minister der tibetischen Regierung in Tibet, forderte die chinesische Regierung auf, die regionale Autonomie in Tibet so, wie

sie im 17-Punkte-Abkommen[□] zugesagt wurde, umzusetzen.

Baba Phuntsok Wangyal, ein hoher tibetischer Kader der chinesischen Kommunistischen Partei, erklärte: „Die *Politik des Mittleren Weges* des Dalai Lama, mit dem nur eine substantielle Autonomie für Tibet und keine Unabhängigkeit angestrebt wird, zeugt im heutigen historischen Kontext von der großen Verantwortung, die er auf sich nimmt, indem er ernsthaft die fundamentalen Interessen, die Zukunft und das Schicksal Tibets und der Tibeter insgesamt bedenkt. Es zeigt auch, wie verantwortungsvoll er bemüht ist, die Probleme zu verstehen, die beide Seiten betreffen, und

wie sorgfältig er die sich wandelnden Umstände berücksichtigt. Darüber hinaus ist es ein Denken, das auf Realität und Weitsicht gründet.“

Führende Tibeter wie Dorje Tseten, ein ranghoher tibetischer Parteifunktionär und ehemaliger Direktor des Tibetologischen Forschungszentrums in Peking, Sangye Yeshe (Tian Bao), ein tibetischer Altkommunist, Tashi Tsering, Professor für Englisch an der Tibet Universität Lhasa, und Yangling Dorjee, ein führender tibetischer Parteikader aus dem Kreis Derge in der Präfektur Ganzi (tib. *Kardze*), befürworten die Vereinigung des gesamten tibetischen Volkes unter einer einzigen Verwaltung.

Das weitere Vorgehen

Die Tibetische Verwaltung bemüht sich, Unterstützung innerhalb der chinesischen Gesellschaft und der breiteren internationalen Gemeinschaft zu finden, um die chinesische Regierung dazu zu bewegen, den Dialog im Geiste der Versöhnung und eingedenk der zahlreichen Vorteile, die sich für beide Seiten aus einer echten Autonomie ergeben, wieder aufzunehmen. Die tibetische Führung ist der Ansicht, dass die chinesische Zentralregierung ihre Meinung, die Tibeter in Tibet seien mit der gegenwärtigen chinesischen Politik zufrieden,

nicht länger aufrechterhalten kann. Deshalb muss dem tibetischen Volk ein echtes Mitspracherecht in seinen eigenen Angelegenheiten gewährt werden, damit es in Harmonie leben kann. Durch die *Politik des Mittleren Weges* kann die Volksrepublik China Frieden und Stabilität in der Region sicherstellen, indem sie dort legitim präsent ist. Auch international kann sie nur gewinnen, wenn sie ihr Image in den Köpfen und Herzen der Menschen in aller Welt verbessert, während sie gleichzeitig ihre territoriale Integrität und Souveränität schützt.



Zeitlinie

Chronology der Politik des Mittleren Weges

Diese Zeitlinie will nicht die komplette Chronologie darstellen, sondern beschränkt sich auf die Eckdaten bei der Entwicklung der Politik des Mittleren Weges.

- 1949** Die chinesische Volksbefreiungsarmee dringt nach Tibet ein und beginnt, das Land unter ihre Kontrolle zu bringen.
- 1951-1959** 1951 zwingt die chinesische Regierung die tibetischen Vertreter, das „17-Punkte-Abkommen über Maßnahmen zur friedlichen Befreiung Tibets“ zu unterzeichnen. Die chinesische Regierung mißachtet jedoch die Bestimmungen des Abkommens und kommt den Verpflichtungen, die ihr daraus erwachsen, nicht nach.
- 1959** Nach dem wachsenden Widerstand, der in den späten 50er Jahren in verschiedenen Teilen Tibets aufkommt, bricht auch in der tibetischen Hauptstadt Lhasa im März 1959 ein nationaler Aufstand aus. Die chinesischen Truppen schlagen den Aufstand nieder; dies führt innerhalb von sieben Monaten zum Tod von 87.000 Tibetern. Auf der Flucht vor der chinesischen Besetzung Tibets, folgen etwa 80.000 Tibeter Seiner Heiligkeit dem Dalai Lama über den Himalaya ins Exil nach Indien, Nepal und Bhutan.
- 1959-1974** Dank der Unterstützung der indischen Regierung lässt sich Seine Heiligkeit der Dalai Lama im Exil in Nordindien nieder, zuerst in Mussoorie and später in Dharamshala, wo die Tibetische Zentralverwaltung (CTA, engl. *Central Tibetan Administration*) aufgebaut wird. In den folgenden Jahren konzentrieren sich die Exiltibeter, unterstützt und geleitet von Seiner Heiligkeit dem Dalai Lama und der CTA, darauf, sich in Exilgemeinschaften in der ganzen Welt ein neues Leben aufzubauen. In dieser Zeit verabschiedet die Generalversammlung der Vereinten Nationen drei Resolutionen zur Tibetfrage und zwar 1959, 1961 und 1965.



- 1974** Nach 15 Jahren des Exils fasst Seine Heiligkeit der Dalai Lama angesichts des Ernstes der Lage in Tibet und der Notwendigkeit, das Leiden der Tibeter zu lindern, einen beiderseits vorteilhaften Vorschlag zur Lösung des Tibetproblems ins Auge. Er führt eine Reihe von Konsultationen mit dem Kashag (den Mitgliedern des Tibetischen Kabinetts), mit den Vertretern des Tibetischen Parlaments-im-Exil (TPiE) und mit vertrauenswürdigen Freunden Tibets. Die interne Entscheidung wird getroffen, nun eine auf Autonomie ausgerichtete Politik zu betreiben – den „Mittleren Weg“ –, statt einer Loslösung von der Volksrepublik China (VRCh). Diese Politik wurde dann als *Politik des Mittleren Weges* (tib. „Umaylam“) bekannt.
- 1979** Der oberste chinesische Führer Deng Xiaoping erklärt, „mit Ausnahme der Unabhängigkeit Tibets können alle anderen Probleme diskutiert werden“ und bietet Gespräche mit Seiner Heiligkeit dem Dalai Lama an. Da die Politik des Mittleren Weges schon konzipiert war, erging eine positive Antwort an Deng Xiaoping. Sie kennzeichnete den Beginn einer langen Periode des Kontakts und der Gespräche zwischen Dharamsala und Beijing.
- 1979-1985** China lässt vier Erkundungsdelegationen nach Tibet zu und zwar im August 1979, im Mai 1980, im Juni 1980 and im Juni 1985. Die Delegationen werden von der lokalen tibetischen Bevölkerung begeistert empfangen. Sie besuchen verschiedene Regionen von Tibet, u.a. Lhasa, Shigatse, Lhokha, Kongpo, Nyingtri, Sakya, Lhuntse, Tsona, Tsethang, Gyangtse, Choekhorgyal, Sangagchoeling and Yartok Nakartse in U-Tsang; Kanlho, Siling, Golok, Malho, Ngaba und Zoege in Amdo; Nagchu, Chamdo, Dege, Kardze, Nyarong, Gyalthang und Markham in Kham. 1982 and 1984 treffen chinesische Offizielle mit Erkundungsdelegationen aus Dharamsala zu Gesprächen in Beijing zusammen. Nach der Erkundungsdelegation von 1985 weigert sich China, weitere Delegationen zuzulassen. Ein Grund dafür wird nicht genannt.
- 1987** Seine Heiligkeit der Dalai Lama spricht vor dem Menschenrechtsausschuss des US-amerikanischen Kongresses und stellt einen *Fünf-Punkte-Friedensplan* für Tibet vor. Darin schlägt er der chinesischen Regierung vor, auf der Grundlage der Politik des Mittleren Weges ernsthafte Verhandlungen aufzunehmen.
- 1987-1989** 1987 wird ein friedlicher Straßenprotest großen Ausmaßes in Lhasa von den chinesischen Sicherheitskräften brutal niedergeschlagen. Es folgt eine neue Welle von Repressionen und Verhaftungen. Nach weiteren friedlichen Protesten



verhängt China im März 1989 das Kriegsrecht über Lhasa.

- 1988** 1988 präsentiert Seine Heiligkeit der Dalai Lama im Europäischen Parlament den *Straßburger Vorschlag*, der auf dem *Fünf-Punkte-Friedensplan* aufbaut. Im September kündigt Beijing seine Bereitschaft an, mit den Tibetern zu verhandeln, and erklärt, Seine Heiligkeit der Dalai Lama könne Ort und Zeit für die Verhandlungen bestimmen. Dharamsala begrüßt die Verhandlungsbereitschaft Beijings, und benennt ein sechsköpfiges tibetisches Verhandlungsteam. Noch vor Beginn der Gespräche kehrt die chinesische Regierung jedoch zu ihrer früheren kompromisslosen Position zurück und erklärt, der *Straßburger Vorschlag* könne nicht als Grundlage für Gespräche dienen.
- 1989** Seine Heiligkeit der Dalai Lama wird für sein Bemühen um eine friedliche Lösung des Tibetproblems im Geiste der Toleranz und des gegenseitigen Respekts mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.
- 1992** Seine Heiligkeit der Dalai Lama erklärt den *Straßburger Vorschlag* für ungültig, da vonseiten der chinesischen Regierung keinerlei positive Reaktion darauf erfolgte.
- 1993** Mit Beijings Weigerung, auf die zahlreichen diplomatischen Initiativen Seiner Heiligkeit des Dalai Lama zu reagieren, gehen 14 Jahre offiziellen Kontakts mit der chinesischen Regierung zuende. Im folgenden Jahr, 1994, hält Beijing das dritte „Tibet-Arbeitsforum“ ab, auf dem eine harte politische Linie zu Tibet verabschiedet wird. Dies stellt eine einschneidende Veränderung zur liberaleren Politik früherer Foren dar.
- 1994** Angesichts der veränderten Haltung Beijings schlägt Seine Heiligkeit der Dalai Lama vor, in der Tibetergemeinschaft ein Referendum über den zukünftigen Umgang mit China und eine mögliche Neuausrichtung des tibetischen Freiheitskampfes durchzuführen.
- 1997** Auf der Grundlage der vorausgegangenen Meinungsumfrage und als Ausdruck des tiefen Vertrauens des tibetischen Volkes in Seine Heiligkeit den Dalai Lama nimmt das TPiE im September 1997 einstimmig eine Resolution an, die besagt, dass dieser in Zukunft die einzige Person sein solle, die in Bezug auf sino-tibetische Angelegenheiten Entscheidungen trifft. Des Weiteren beschließt das TPiE, dass, welche Entscheidungen Seine Heiligkeit der Dalai Lama auch immer treffen werde, diese vom gesamten tibetischen Volk so betrachtet würden, als



sein sie durch ein Referendum zustande gekommen.

- 1998** In seiner öffentlichen Ansprache am 39. Jahrestag des Tibetischen Nationalen Volksaufstands am 10. März geht Seine Heiligkeit der Dalai Lama auf die Ereignisse des vergangenen Jahres ein; er dankt dem Volk von Tibet für das Vertrauen und die Hoffnung, die es in ihn setzt und bekräftigt erneut sein Eintreten für die Politik des Mittleren Weges.
- 2001** Seine Heiligkeit der Dalai Lama spricht vor der Vollversammlung des Europäischen Parlaments und drängt auf die Wiederaufnahme des Dialogs.
- 2002** Der Dialog mit China wird wiederaufgenommen mit der ersten von insgesamt neuen „Gesprächsrunden“ auf der Grundlage der Politik des Mittleren Weges. Die 1. Gesprächsrunde zwischen den Abgesandten Seiner Heiligkeit des Dalai Lama und Vertretern der chinesischen Regierung findet im September 2002 in Beijing statt. Es folgt die 2. Runde im Mai-Juni 2003 in Beijing, die 3. Runde im September 2004 in Beijing, die 4. Runde im Juni-Juli 2005 in Bern (Schweiz), die 5. Runde im Februar 2006 in der Stadt Guilin in China, die 6. Runde im Juni-Juli 2007 in Shanghai und in Nanjing, ein informelles Treffen im Mai 2008 in Shenzhen, die 7. Runde im Juni-Juli 2008 in Beijing, die 8. Runde im Oktober-November 2008 in Beijing und die 9. Gesprächsrunde im Januar-Februar 2010 in der Provinz Hunan und in Beijing.
- 2008** Im ersten Halbjahr 2008 brechen nie dagewesene Proteste großen Ausmaßes in Tibet aus. Bei der 7. Gesprächsrunde mit der chinesischen Regierung im Juli 2008 fordern die chinesischen Vertreter die tibetische Führung auf, die Art der Autonomie, die sie anstreben, schriftlich zu fixieren. Das *Memorandum über echte Autonomie für das tibetische Volk* wird bei der 8. Gesprächsrunde im Oktober-November desselben Jahres vorgelegt. Dieses *Memorandum* legt im Einzelnen dar, wie echte Autonomie für das tibetische Volk im Rahmen der Verfassung der VRCH und dem Gesetz über Regionale Nationale Autonomie funktionieren würde, und definiert Komplexe wie die „Realisierung einer einzigen Verwaltung für die tibetische nationale Minderheit in der Volksrepublik China“, die „Art und Struktur der Autonomie“ und die „Elf Grundbedürfnisse der Tibeter“. Die chinesische Führung weist den Vorschlag zurück und behauptet fälschlicherweise, das *Memorandum* beinhalte Hinweise auf ein „Groß-Tibet“, einen „hohen Grad an Autonomie“, auf „verdeckte Unabhängigkeit“ und auf „Unabhängigkeit in anderem Gewand“.



2009 Tibeter beginnen, sich selbst in Brand zu setzen, um gegen die anhaltende Besetzung Tibets durch die chinesische Regierung und die politische Unterdrückung, die religiöse Verfolgung, die kulturelle Assimilierung und die wirtschaftliche Marginalisierung ihres Volkes sowie die Zerstörung der Umwelt zu protestieren. Während sie in Flammen standen und ihr Leben hingaben, forderten sie immer wieder die Rückkehr Seiner Heiligkeit des Dalai Lama nach Tibet und Freiheit für das tibetische Volk.

2010 Als Antwort auf die Bedenken der chinesischen Regierung und deren Einwände zum *Memorandum*, legt die tibetische Führung bei der 9. Gesprächsrunde eine *Note zum Memorandum über echte Autonomy für das tibetische Volk* vor. Das *Memorandum* und die *Note* erläutern, wie echte Autonomie für das tibetische Volk innerhalb des Rahmens der Volksrepublik China – ihrer Verfassung, ihrer territorialen Integrität und Souveränität, ihrer „drei nicht verhandelbaren Punkte“¹ sowie der Hierarchie und Autorität der chinesischen Zentralregierung (ChZR) – funktionieren würde.

Die *Note* geht ferner auf die von der chinesischen Regierung erhobenen spezifischen Bedenken hinsichtlich der Form der einheitlichen Verwaltung, des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Systems, der öffentlichen Ordnung, der öffentlichen Sicherheit, der Regulierung der Bevölkerungsmigration, der Sprache und der Religion ein. Die chinesische Regierung weigert sich erneut, den Vorschlag anzunehmen.

2011 Nach dem Treffen von Präsident Barack Obama mit Seiner Heiligkeit dem Dalai Lama im Juli 2011, lobt das Weiße Haus „den Einsatz des Dalai Lama für Gewaltlosigkeit und Dialog mit China und sein Beharren auf der Politik des Mittleren Weges“ and ruft die Beteiligten auf, „einen direkten Dialog aufzunehmen, um lange schon währende Differenzen beizulegen“, denn „ein Dialog, der zu Ergebnissen führt, wäre für China und für Tibet von Vorteil“. Die tibetische Führung mit dem Sikyong Dr. Lobsang Sangay an der Spitze bekräftigt ein weiteres Mal ihr entschiedenes Eintreten für die Politik des Mittleren Weges und macht noch einmal deutlich, dass der Dialog zwischen den Abgesandten Seiner Heiligkeit des Dalai Lama und den Vertretern der chinesischen Führung der einzig gangbare Weg ist.

¹ Die von der Zentralregierung verbindlich festgelegten „drei nicht verhandelbaren Punkte“ sind: 1. die führende Rolle der chinesischen Kommunistischen Partei, 2. Sozialismus mit chinesischen Charakteristika und 3. das System der regionalen nationalen Autonomie.

Heute

Von 2009 bis jetzt haben sich mindestens 130 Menschen in Tibet selbst verbrannt. Der Dialog zwischen den Abgesandten Seiner Heiligkeit des Dalai Lama und der chinesischen Führung bleibt festgefahren. Inzwischen begrüßen viele Regierungen – darunter die USA, die Europäische Union, Frankreich, Japan, Australien, Brasilien und Neuseeland – den Dialogprozess als realistischen und vernünftigen Weg. Trotz der sich verschlimmernden Situation in Tibet und der hohen Zahl von mehr als 130 Selbstverbrennungen, tritt das tibetische Volk weiterhin unbeirrt für die Politik des Mittleren Weges ein. In seinem Vertrauen in diese Politik wird es bestärkt durch die wachsende Unterstützung seitens der internationalen Gemeinschaft, darunter auch von vielen Chinesen, die an Frieden und Gerechtigkeit glauben.



Häufig gestellte Fragen zur Politik des Mittleren Weges *Echte Autonomie für die Tibeter*

1. Was ist die Politik des Mittleren Weges?

Die *Politik des Mittleren Weges für echte Autonomie für das tibetische Volk* (tib. „Umaylam“) ist eine Politik, die Seine Heiligkeit der Dalai Lama 1974 konzipierte in dem Bemühen, die chinesische Regierung zu einem Dialog zu bewegen und einen friedlichen Weg zum Schutz der einzigartigen tibetischen Kultur und Identität zu finden. Es ist eine Politik, die durch eine Reihe von Diskussionen, die über viele Jahrzehnte hinweg zwischen der Tibetischen Zentralverwaltung (CTA, Central Tibetan Administration) und dem tibetischen Volk geführt wurden, demokratisch angenommen wurde. Es ist ein für beide Seiten vorteilhaftes Angebot, das einen mittleren Weg zwischen dem Status quo und der Unabhängigkeit einschlägt, einen Weg, der die gegenwärtige repressive und kolonialistische Politik der chinesischen Regierung gegenüber dem tibetischen Volk kategorisch ablehnt, ohne jedoch die Loslösung von der Volksrepublik China anzustreben.

Es ist ein pragmatischer Ansatz, der die vitalen Interessen beider Beteiligten wahr:

für die Tibeter den Schutz und die Bewahrung ihrer Identität und Würde, und für China die Souveränität und territoriale Integrität des Mutterlandes. Er hat 1979 einen direkten Kontakt zwischen den Abgesandten Seiner Heiligkeit des Dalai Lama und der chinesischen Regierung zustande gebracht und es möglich gemacht, dass vier Erkundungsdelegationen der Exilführung ausgedehnte Reisen in Tibet unternahmen und 1982 und 1984 Sondierungsgespräche stattfinden konnten. Von 2002 bis 2010 fanden neun formelle Gesprächsrunden und ein informelles Treffen zwischen den Abgesandten Seiner Heiligkeit des Dalai Lama und Vertretern der chinesischen Führung statt.

2. Warum Autonomie anstreben?

Die tibetische Führung ist der Meinung, dass echte Autonomie eine pragmatische Lösung ist, die sowohl Tibet als auch China zum Vorteil gereicht. In der heutigen interdependenten Welt können Länder nicht isoliert, ohne auf andere angewiesen zu sein, existieren. Viele Länder treten heute einige ihrer eigenen souveränen Rechte ab, indem sie sich Staatenbünden wie z.B. der Europäischen Union anschließen.

3. Wie wird echte Autonomie für Tibet aussehen?

Die Tibeter streben nach einer Form der Selbstverwaltung, die es ihnen gestatten würde, ihren eigenen Bedürfnissen gerecht zu werden, ohne jedoch die Einheit und Stabilität der Volksrepublik China in Frage zu stellen. Die Tibeter streben eine Form von Autonomie an, bei der sie Traditionen und das gleiche Wertesystem, die gleiche Sprache, Lebensweise und Geographie teilen. Ihre Vereinigung zu einer einzigen Verwaltungseinheit wäre eine effizientere und effektivere Form des Regierens als die gegenwärtige Struktur, bei der die Tibeter aufgeteilt sind auf die Autonome Region Tibet (ART) und die angrenzenden Provinzen Qinghai, Sichuan, Gansu und Yunnan, die überwiegend von Chinesen bewohnt sind.

Die chinesische Regierung behauptet, dass die tibetische Führung die Absicht habe, „alle Chinesen“ aus den tibetischen Gebieten zu vertreiben. Das *Memorandum über echte Autonomie für das tibetische Volk* jedoch hat in aller Deutlichkeit klargestellt, dass dies nicht der Fall ist: „Wir haben nicht die Absicht, Nicht-Tibeter des Landes zu verweisen. Unsere Sorge gilt der bewusst gesteuerten massenhaften Ansiedlung von überwiegend Han-Chinesen, aber auch Angehörigen anderer Nationalitäten, in vielen tibetischen Gebieten, was im Gegenzug zu einer Marginalisierung der autochthonen tibetischen Bevölkerung führt.“ Das *Memorandum* fordert, dass die tibetischen Gebiete eine tibetische Mehrheit haben sollten, um die einzigartige tibetische Identität zu bewahren und zu

fördern. Der Anteil der tibetischen Bevölkerung in der Volksrepublik China wird auf 6,2 Millionen geschätzt (Quelle: 6. Nationale Volkszählung der VRCh), was etwa 0,47 Prozent der Gesamtbevölkerung Chinas entspricht.

Eine tibetische Regionalverwaltung würde den Schutz und die Förderung der elf Grundbedürfnisse der Tibeter regeln. Dazu gehören:

Sprache, Kultur, Religion, Bildung, Umweltschutz, Nutzung der Bodenschätze, wirtschaftliche Entwicklung und Handel, öffentliche Gesundheit, öffentliche Sicherheit, Regelung der Bevölkerungsmigration, sowie Austausch mit anderen Ländern in den Bereichen Kultur, Bildung und Religion.

Dies steht sowohl im Einklang mit dem Regionalen Nationalen Autonomiegesetz wie auch mit der Verfassung der Volksrepublik China.

4. Erfährt die Politik des Mittleren Weges breite Unterstützung durch das tibetische Volk? Wenn ja, wie hat das tibetische Volk seine Unterstützung gezeigt?

Die Politik des Mittleren Weges wurde als Resultat mehrheitlicher Zustimmung in einer Reihe von Versammlungen und Meinungserhebungen zwischen 1988 und 2010 als offizielle Politik der Tibetischen Zentralverwaltung angenommen. Dies geschah in einem demokratischen Verfahren, bei dem direkt die Meinungen der Vertreter der tibetischen Öffentlichkeit eingeholt wurden. Bei einer weiteren Meinungsumfrage 1997 äußerten 64 Prozent aller Befragten, dass es nicht notwendig

■ Häufig gestellte Fragen

sei, ein Referendum abzuhalten, und dass die Befragten jede politische Linie, die der Dalai Lama betreibe, unterstützen würden. Als Reaktion auf das Ergebnis der Umfrage verabschiedete das Tibetische Parlament-im-Exil am 18. September 1997 einstimmig eine Resolution zugunsten der Politik des Mittleren Weges. In ähnlicher Weise bekräftigten auch über 80 Prozent der Stimmen, die während der sechstägigen Ersten Sondergeneralversammlung im November 2008 erhoben wurden, wieder ihre Unterstützung für die Politik des Mittleren Weges. Schließlich wurde im März 2010 erneut einstimmig eine weitere Resolution zur Unterstützung dieser Politik vom Parlament verabschiedet. Somit genießt die Politik des Mittleren Weges die Unterstützung einer überwältigenden Mehrheit der Tibeter.

5. Wie haben die Tibeter innerhalb Tibets ihre Unterstützung für die Politik des Mittleren Weges bekundet?

Obwohl es unmöglich ist, innerhalb Tibets Meinungen offen einzuholen, haben Seine Heiligkeit der Dalai Lama und die Tibetische Zentralverwaltung alles in ihrer Macht Stehende getan, um die Ansichten der dortigen Bevölkerung in den Entscheidungsprozess einzubeziehen. So wurden z.B. neu aus Tibet eingetroffene Tibeter eingeladen, an dem speziellen politischen Treffen im Juni 1988 teilzunehmen. Auch während einer 1995/96 durchgeführten Meinungsumfrage zu dem Referendum wurden Meinungen aus Tibet gesammelt. Sowohl schriftliche wie mündliche Vorschläge wurden von Tibetern innerhalb Tibets auch für die Erste Sondergeneralversammlung im

November 2008 eingeholt. Die Mehrheit dieser Meinungen befürwortete die Politik des Mittleren Weges.

Darüber hinaus erfuhr die Politik des Mittleren Weges auch Unterstützung durch hoch stehende tibetische Führer und Intellektuelle in Tibet selbst, zu ihnen gehört der verstorbene Panchen Lama, der offen seine Unterstützung für die Politik des Mittleren Weges geäußert hat, und weitere hochrangige Persönlichkeiten wie der verstorbene Ngapo Ngawang Jigme, Baba Phuntsok Wangyal, Dorjee Tseten, Sangye Yeshe (Tian Bao), Tashi Tsering und Yangling Dorjee.

6. Plädiert die Politik des Mittleren Weges nur für kulturelle Autonomie?

Nein, die Politik des Mittleren Weges setzt sich für Selbstverwaltung ein. Diese beschränkt sich nicht auf kulturelle Autonomie. Das *Memorandum über echte Autonomie für das tibetische Volk* zählt im Abschnitt „Grundbedürfnisse der Tibeter“ elf Bereiche der Selbstverwaltung auf, wenn die tibetische Nationalität in der Volksrepublik China unter eine einzige Verwaltung gestellt ist.

Diese „Grundbedürfnisse der Tibeter“ sind folgende:

1. Sprache
2. Kultur
3. Religion
4. Bildung
5. Umweltschutz
6. Nutzung der Bodenschätze
7. wirtschaftliche Entwicklung und Handel
8. öffentliche Gesundheit
9. öffentliche Sicherheit

■ Häufig gestellte Fragen

10. Regelung der Bevölkerungsmigration

11. Austausch mit anderen Ländern in den Bereichen Kultur, Bildung und Religion.

7. Was wird bei einer echten Autonomie für das tibetische Volk aus den Nicht-Tibetern, die in der heutigen Autonomen Region Tibet und den benachbarten tibetischen Siedlungsgebieten leben?

In der *Note zum Memorandum über echte Autonomie für das tibetische Volk* heißt es: „Es ist nicht unsere Absicht, Nicht-Tibeter, die sich auf Dauer in Tibet angesiedelt haben und dort schon seit längerer Zeit leben und aufgewachsen sind, des Landes zu verweisen.“ Was uns Sorge macht, ist die bewusst initiierte massenhafte Ansiedlung von vorwiegend Han-Chinesen, aber auch Angehörigen einiger anderer Nationalitäten, in verschiedenen tibetischen Gebieten, was zu einer Marginalisierung der einheimischen Bevölkerung führt und eine Bedrohung für die empfindliche Umwelt Tibets darstellt. Der Vorschlag, die nicht dauerhaft ansässige Bevölkerung zu regulieren, steht im Einklang mit der chinesischen Verfassung und mit Artikel 43 des Gesetzes über Regionale Nationale Autonomie, der besagt: „Entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen sollen die Selbstverwaltungsorgane der nationalen autonomen Gebiete Maßnahmen zur Kontrolle der nicht dauerhaft ansässigen Bevölkerung erarbeiten.“

8. Wird echte Autonomie für das tibetische Volk der Bewahrung seiner Umwelt zugute kommen?

Tibet mit seinem empfindlichen Ökosystem ist die Hauptquelle der großen Flüsse Asiens. Heute erleidet Tibets traditionelle Umwelt irreparablen Schaden. „Umweltschutz“ und „Nutzung der Bodenschätze“ sind unter den Punkten 5 und 6 der Grundbedürfnisse der Tibeter im *Memorandum über echte Autonomie für das tibetische Volk* aufgelistet. Die beschleunigte kulturelle Assimilierung, die Umweltzerstörung und die exzessive Ausbeutung der Bodenschätze sind die Hauptgründe, weswegen die Tibetische Zentralverwaltung ihr Drängen auf echte Autonomie für das tibetische Volk intensiviert. Von Jahr zu Jahr zeigt sich zunehmend, dass die chinesische Umwelt- und Entwicklungspolitik nicht nachhaltig ist und zu langfristiger Schädigung der Umwelt führt. Ein Beispiel dafür ist das Aufstauen von Flusssystemen, deren Einzugsgebiete bis nach Indien, Pakistan, Burma, Vietnam, Kambodscha, Laos und in das chinesische Kernland reichen und somit fast die halbe Weltbevölkerung betreffen.

9. Warum betreibt die Tibetische Zentralverwaltung die Politik des Mittleren Weges, und was hat diese bislang bewirkt?

Die Politik des Mittleren Weges ist in vielerlei Hinsicht erfolgreich gewesen, u.a. hat sie Kontakte zu Tibetern in Tibet sowie mehrere Dialogrunden mit der chinesischen Führung ermöglicht. Es ist vor allem dieser Politik zu verdanken, dass die Tibetfrage weiterhin nicht nur von einer überwältigenden Mehrheit der internationalen Gemeinschaft, sondern auch vom chinesischen Volk unterstützt wird.

Die Politik des Mittleren Weges hat 1979 direkte

■ Häufig gestellte Fragen

Kontakte zwischen der tibetischen Führung und der chinesischen Regierung möglich gemacht, was dazu führte, dass vier Erkundungsdelegationen von Exiltibetern ausgedehnte Reisen in Tibet unternahmen konnten. Diese Delegationen besuchten Lhasa, Shigatse, Lhokha, Kongpo, Nyingtri, Sakya, Lhuntse, Tsona, Tsethang, Gyantse, Choekhorgyal, Sangagchoeling and Yartok Nakartse in U-Tsang; Kanlho, Siling, Golok, Malho, Ngaba, Zoege in Amdo; Nagchu, Chamdo, Dege, Kardze, Nyarong, Gyalthang, Markham in Kham. 1982 und 1984 trafen führende Vertreter Chinas mit Erkundungsdelegationen aus Dharamsala zu Gesprächen in Peking zusammen. Zwischen 2002 und 2010 fanden neun formelle Gesprächsrunden und ein informelles Treffen zwischen den Abgesandten Seiner Heiligkeit des Dalai Lama und Vertretern der chinesischen Führung statt. Bis heute haben Tausende von Studenten, Mönchen und Nonnen die Möglichkeit erhalten, im Exil zu studieren und so einen Beitrag zur Bewahrung der tibetischen Kultur und Religion zu leisten.

Die Politik des Mittleren Weges macht es vielen Regierungen möglich, eine lösungsorientierte Tibetpolitik zu unterstützen, und hilft ihnen, die schwierigen und drängenden Probleme Tibets in ihrem Dialog mit China anzusprechen. Nach dem Treffen zwischen Präsident Barack Obama und Seiner Heiligkeit dem Dalai Lama im Juli 2011 und erneut am 21. Februar 2014 begrüßte das Weiße Haus „das Eintreten des Dalai Lama für Gewaltlosigkeit und Dialog mit China und seine Politik des Mittleren Weges“ und sprach sich für einen „direkten Dialog zur Beilegung der seit langem bestehenden Differenzen“ aus. Die

Politik des Mittleren Weges genießt sehr starke internationale Unterstützung als gangbarste Option zur Bewältigung der gegenwärtigen Situation in Tibet. Viele Regierungen haben offiziell ihre Unterstützung für die Politik des Mittleren Weges erklärt, darunter die USA, Indien, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Australien und Neuseeland. Allein in den letzten zwei Jahren wurden Erklärungen, Resolutionen und Anträge zur Unterstützung der Politik des Mittleren Weges unter anderem in den Parlamenten der USA, der EU, Frankreichs, Italiens, Japans, Australiens, Brasiliens, Luxemburgs verabschiedet.

Die Politik des Mittleren Weges erfährt von Jahr zu Jahr mehr Unterstützung von chinesischer Seite, u.a. durch Intellektuelle und Künstler wie Liu Xiaobo, der inhaftierte Nobelpreisträger und Koautor eines Offenen Briefes von 2008, der sich für die Unterstützung der Friedensinitiativen Seiner Heiligkeit des Dalai Lama aussprach. Seitdem sind von chinesischen Wissenschaftlern und Schriftstellern über tausend Artikel und Kommentare verfasst worden, die einen Dialog zur Lösung der Tibetfrage befürworten. Dazu gehört ein Bericht der Gongmeng-Verfassungsinitiative, einer in Peking ansässigen juristischen NGO, der die Beschwerden des tibetischen Volkes darlegt und zu einer Revision der Politik aufruft.

2012 schickten 82 chinesische NGOs aus 15 Ländern eine Petition an die Vereinten Nationen, an die EU sowie an verschiedene Parlamente und Regierungen, in der sie diese aufforderten, „auf die chinesische Regierung zu dringen, baldmöglichst Verhandlungen aufzunehmen“. Die Politik des Mittleren Weges wird von einer Reihe führender chinesischer Intellektueller

■ Häufig gestellte Fragen

unterstützt, zu ihnen gehören Wang Lixiong, ein bekannter Schriftsteller, Zhang Boshu, Mitglied der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften und Verfassungsexperte, Ran Yunfei vom *Sichuan Literary Periodical*, Yu Haocheng, ein ranghohes Mitglied der Kommunistischen Partei und Rechtsexperte aus Peking, Su Shaozhi, ein ehemaliger Wirtschaftswissenschaftler an der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften, und Yan Jiaqi, ein enger Mitarbeiter des ehemaligen KPCh-Parteisekretärs Zhao Ziyang.

Zu den führenden Weltpolitikern, die zum Dialog aufgerufen haben, damit die Politik des Mittleren Weges umgesetzt wird, gehören US-Präsident Barack Obama, der ehemalige US-Präsident George W. Bush, die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte Navi Pillay, die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin der Europäischen Kommission Lady Catherine Ashton, der ehemalige britische Premierminister Gordon Brown, der ehemalige französische Präsident Nicolas Sarkozy, die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel, der kanadische Premierminister Stephen Harper, der australische Premierminister Tony Abbot, der ehemalige australische Premierminister Kevin Rudd und der taiwanesischer Präsident Ma Ying-jeou.

Nach dem Treffen zwischen Präsident Barack Obama und Seiner Heiligkeit dem Dalai Lama im Juli 2011 und erneut am 21. Februar 2014 begrüßte das Weiße Haus „das Eintreten des Dalai Lama für Gewaltlosigkeit und Dialog mit China und seine Politik des Mittleren Weges“ und sprach sich für einen „direkten Dialog zur Beilegung der

seit langem bestehenden Differenzen“ aus, da „ein Dialog, der zu Ergebnissen führt, sowohl für China wie auch für die Tibeter gut wäre“.

Die Politik des Mittleren Weges wird auch von einer Reihe von Friedensnobelpreisträgern unterstützt, dazu gehören Desmond Tutu aus Südafrika, Elie Wiesel und Jody Williams aus den USA, Leymah Gbowee aus Liberia, Lech Wałęsa aus Polen, Shirin Ebadi aus Iran, Rigoberta Menchú Tum aus Guatemala, José Ramos Horta aus Osttimor, Adolfo Pérez Esquivel aus Argentinien, Mairead Corrigan Maguire aus Irland und Betty Williams aus dem Vereinigten Königreich.

In einem Offenen Brief, den zwölf Friedensnobelpreisträger 2012 an den chinesischen Präsidenten Hu Jintao richteten, heißt es: „Das Volk von Tibet möchte Gehör finden. Es hat lange nach einer substantiellen Autonomie gestrebt und als Mittel, diese zu erreichen, auf Verhandlungen und freundliche Hilfe gesetzt. Die chinesische Regierung sollte die Tibeter anhören, ihre Klagen verstehen und eine gewaltfreie Lösung finden. Eine solche Lösung wird von unserem Freund und Bruder Seiner Heiligkeit dem Dalai Lama angeboten, dem es zu keiner Zeit um Loslösung ging und der immer einen friedlichen Weg gewählt hat. Wir fordern die chinesische Regierung nachdrücklich auf, die Gelegenheit, die er für einen gehaltvollen Dialog bietet, zu ergreifen. Einmal eingerichtet, sollte dieser Kanal offen, aktiv und produktiv bleiben. Er sollte die Fragen ansprechen, die den Kern der gegenwärtigen Spannungen ausmachen und dabei die Würde des tibetischen Volkes und die Integrität Chinas respektieren.“

10. Streben die Tibeter ein „Großtibet“ an und einen „hohen Grad von Autonomie“, wie die chinesische Regierung behauptet?

Unser Streben nach echter Autonomie ist nicht nur der chinesischen Seite in schriftlicher Form klar übermittelt worden, sondern auch der internationalen Gemeinschaft. Das *Memorandum über echte Autonomie für das tibetische Volk* und die zugehörige *Note* sind jedermann zugänglich. Jeder kann prüfen, ob die Anschuldigungen der chinesischen Regierung zu Recht bestehen. Die Tibetische Zentralverwaltung ist der Politik des Mittleren Weges verpflichtet, die weder ein „Großtibet“ anstrebt, noch einen „hohen Grad von Autonomie“, sondern echte Autonomie für das gesamte tibetische Volk unter einer einzigen Verwaltung. Dies steht sowohl mit dem Gesetz über Regionale Nationale Autonomie als auch mit der Verfassung der Volksrepublik China im Einklang.

Die Volksrepublik China hat mit Absicht den Begriff „Großtibet“ formuliert, um die internationale Gemeinschaft irrtümlich glauben zu machen, die Tibeter beabsichtigten eine Lösung oder Abgrenzung der tibetischen Gebiete. Die Tibetische Zentralverwaltung verwendet den Begriff „Großtibet“ nicht. Die drei traditionellen Provinzen U-Tsang, Kham und Amdo waren immer grundlegende Bestandteile des traditionellen Tibets, das sich über das gesamte tibetische Plateau erstreckte. Sie teilen nicht nur dieselbe Geographie und Topographie sondern auch Kultur, Sprache und Religion. Eine Aufteilung Tibets auf verschiedene Provinzen von China

ist ein klarer Verstoß gegen chinesische Gesetze und gegen Art. 4 der Verfassung, die das Recht der nationalen Minderheiten anerkennt, regionale Autonomie zu praktizieren „in Gebieten, wo sie in fest umrissenen Gemeinschaften leben“ und „zur Ausübung der Autonomiegewalt Selbstverwaltungsorgane einzusetzen“. 99 Prozent der Uiguren in China leben in der Autonomen Region Xinjiang Uigur, und 95 Prozent der Zhuang leben in der Autonomen Region Guangxi Zhuang. Tibeter dagegen, die in einer einzigen fest umrissenen Gemeinschaft leben, sind auf verschiedene Provinzen aufgeteilt, wobei weniger als 50 Prozent von ihnen in der ART leben, während die Mehrheit in Tibetischen Autonomen Präfekturen und Kreisen in die benachbarten chinesischen Provinzen eingegliedert wurde.

Tibet, das ein Viertel von China ausmacht, ist kein neueres politisches Gebilde, sondern ein natürlich entstandenes Gemeinwesen von Tibetern, die seit Tausenden von Jahren das tibetische Plateau bewohnen. Die Tatsache, dass Tibet ein Viertel von China ausmacht, sollte für die chinesische Regierung kein Anlass zur Sorge sein, weil ein Sechstel von China schon als Autonome Region Xinjiang Uigur etabliert ist und ein Achtel als Autonome Region Innere Mongolei. Darüber hinaus entspricht echte Autonomie für alle Tibeter nicht nur der geographischen Realität Tibets, sondern sie geht auch konform mit deren verwaltungstechnischen Erfordernissen, nach denen die chinesischen Gesetze in diesen Regionen konkret umgesetzt werden sollen, damit die Tibeter in die Lage versetzt werden, ihre eigenen Angelegenheiten selbständig zu regeln.

Wenn alle Tibeter, die Kultur, Art und Stand

■ Häufig gestellte Fragen

der wirtschaftlichen Entwicklung und selbst die Umweltbedingungen auf dem tibetischen Plateau teilen, zusammengefasst zu einer einzigen Verwaltungseinheit leben, wird dies eine effizientere und effektivere Form der Regierungsführung sein, als sie auf die ART und die vier chinesischen Provinzen Qinghai, Sichuan, Gansu und Yunnan mit überwiegend chinesischer Bevölkerungsmehrheit aufzuteilen.

In ähnlicher Weise hat die chinesische Regierung eine massive Propaganda gestartet, um weiszumachen, die Tibeter strebten einen „hohen Grad von Autonomie“ an. In Wirklichkeit erwarten wir von der chinesischen Regierung lediglich, dass sie gemäß der Verfassung der VRCH die Bestimmungen über nationale regionale Autonomie umsetzt. Davon abgesehen haben wir niemals von einem hohen oder niedrigen Grad an Autonomie gesprochen.

11. Steht die Politik des Mittleren Weges mit ihrem Streben nach echter Autonomie für das tibetische Volk im Widerspruch zur chinesischen Verfassung?

Nein, es steht nicht im Widerspruch zur chinesischen Verfassung. Die Politik des Mittleren Weges, die echte Autonomie für das tibetische Volk unter einer einzigen Verwaltung anstrebt, steht voll und ganz im Einklang mit dem in Art. 4 enthaltenen Verfassungsgrundsatz, der auch in Art. 2 des Gesetzes über Regionale Nationale Autonomie seine Entsprechung findet, nämlich dass „regionale Autonomie in Gebieten zur Anwendung kommt, wo Angehörige nationaler Minderheiten in fest umrissenen Gemeinschaften

leben“.

Das Gesetz über Regionale Nationale Autonomie beschreibt regionale nationale Autonomie als „grundlegende Politik der Kommunistischen Partei Chinas zur Lösung der Nationalitätenfrage in China“ und erklärt deren Bedeutung und Absicht in der Einleitung:

Die unter der einheitlichen Staatsführung stehenden nationalen Minderheiten praktizieren regionale Autonomie in Gebieten, wo sie in fest umrissenen Gemeinschaften leben und Selbstverwaltungsorgane einrichten, um ihre Autonomiegewalt auszuüben. Regionale nationale Autonomie bedeutet, dass der Staat die Rechte der nationalen Minderheiten, ihre inneren Angelegenheiten selbstständig zu verwalten, voll und ganz respektiert und garantiert und dass er den Grundsatz von Gleichheit, Einheit und gemeinsamem Wohlergehen aller Nationalitäten wahrt.

Somit sind diese Anschuldigungen haltlos. Vielmehr ist die chinesische Regierung nicht willens, die Rechte, die den Minderheiten gemäß ihrer eigenen Verfassung zustehen, umzusetzen oder anzuerkennen.

Wenn die chinesische Regierung wirklich der Überzeugung ist, das Streben der Tibeter nach echter Autonomie sei verfassungswidrig, dann sollte sie auch belegen können, inwiefern und warum es der Verfassung widerspricht, statt lediglich Anschuldigungen zu machen.